

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 4 (1963)
Heft: 31

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Planerfüllung

Ostblock
Halbzeit

In den Ostblockstaaten werden gegenwärtig die verschiedenen Berichte über die Planerfüllung im ersten Halbjahr 1963 veröffentlicht. Auffschlussreich ist bei solchen Gelegenheiten immer schon der Zeitpunkt. So fällt es auf, dass die Tschechoslowakei, Rumänien und die SBZ mit ihren Berichten in Verzug sind. Offenbar sind die Resultate so, dass sie noch einiges zu tun geben, bevor sie der Öffentlichkeit unterbreitet werden können.

In der Sowjetunion wird die Verschleierungstaktik, die bereits zu Beginn des Jahres anlässlich der Rechenschaftsabgabe über das abgelaufene Volkswirtschaftsjahr festzustellen war, fortgesetzt. Die Zentralverwaltung für Statistik beim Unionsministerrat berichtet eine globale Erfüllung des Produktionsplanes von 103 Prozent und einen Produktionsanstieg von 8,5 Prozent gegenüber der Vergleichsperiode vom Vorjahr. In den einzelnen Sparten aber erfolgt der Detailbericht überhaupt nicht als Planbericht, sondern nur als Vergleich zum Vorjahr. Dazu kommen Widersprüche zu anderen Angaben. Chruschtschew hatte am 21. Juni vor dem Zentralkomitee erklärt, die chemische Industrie habe ihre Pläne nicht erfüllt. Jetzt aber heisst es: «Alle Unionsrepubliken haben ihren Halbjahresplan volumemässig übererfüllt.» (Anscheinend wäre also die Qualität unbefriedigend.)

Trotzdem kann die sowjetische Industrieproduktion einen bedeutenden Produktionszuwachs verbuchen, der, wenn er auch den Erwartungen des Siebenjahresplanes nicht ent-

WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT DER
BALTISCHEN UNIONSREPUBLIKEN
(Sowjetskoja Estrija)

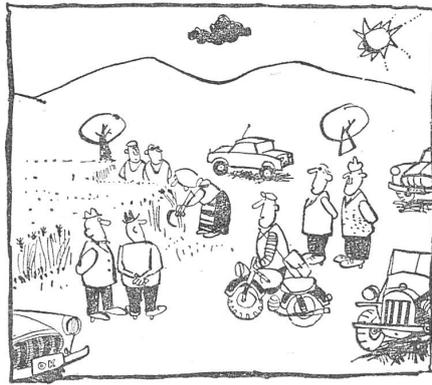


Die Investitionspolitik im Baltikum verfolgt nebst der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung zwei spezifische Ziele: die Integrierung und die Sowjetisierung der drei Länder. Stark ausgebaut werden soll hier die chemische Industrie.



In der Landwirtschaft hat der bulgarische Planbericht keine grossen Erfolge zu melden. Einige Gründe (Hauptursache bleibt das Kollektivsystem) geben unsere bulgarischen Karikaturisten an:

Oben: Dreschmaschinen im Einsatz. («Narodna Mladesch», Sofia.) Unten: Die Mechanisierung im Ackerbau. («Starschel», Sofia.)



spricht, noch immer einen erheblichen Fortschritt bedeutet. Wenn auch die Inbetriebnahme der neuen Fabriken weit hinter den Plänen nachhinkt und bezüglich der Qualität und dem hohen Ausschussprozent viele Klagen zu hören sind, so besteht doch eine laufende Erhöhung der Kapazitäten, die vorhanden sind, wenn auch ihre Ausnützung vorläufig unwirtschaftlich erfolgt.

Leider konnte man nur wenig über die Lage der Landwirtschaft erfahren, da sowohl im laufenden wie auch im Vorjahr darüber nur wenige, meistens nichtssagende Daten veröffentlicht wurden. Aus den verschiedenen amtlichen Veröffentlichungen ergibt sich immerhin kein günstiges Bild über die zu erwartende Agrarproduktion, denn es ist anscheinend nicht gelungen, die Fehler des Vorjahres zu korrigieren, da sie sich auch in diesem Jahr unverändert wiederholen.

Am wenigsten überzeugend wirkt, was über die Investitionen gesagt wird, da hier nur Inbetriebnahmen neuer Kapazitäten angeführt werden, ohne jene Rückstände auch nur anzudeuten, worüber die Zentralkomitees ganz offen diskutieren. Die Nichterfüllung der Investitionspläne hat schwere Rückwirkungen auf die gesamte Wirtschaft, denn sie bedeutet den Ausfall solcher Kapazitäten, die im Plan bereits eingerechnet worden sind.

Gesamthaft: Die grossen Wirtschaftsreformen seit letzten Herbst haben weder zu einem Wirtschaftswunder noch zu einer Krise geführt.

Bulgarien meldet allgemein eine gute Planerfüllung. Negatives bezieht sich vor allem auf den Versorgungssektor. So wurde bezüglich Fleischlieferung nur 88 Prozent des Planes erfüllt. Die Preissteigerung, die letztes Jahr nach sowjetischem Vorbild fast im ganzen Ostblock einsetzte, scheint durch eine Lohnerhöhung von durchschnittlich fünf Prozent in den ersten sechs Monaten dieses Jahres ungefähr kompensiert worden zu sein.

Auch der sehr kurze und summarische Planbericht Ungarns spricht im allgemeinen von erfüllten Zielen. Dagegen ist in Polen vorderhand nur ein Budgetbericht über das erste Halbjahr erschienen, der die Einnahmen- und Ausgabenverteilung (inklusive Militär usw.) zum Gegenstand hat, wogegen der eigentliche Planbericht über die Entwicklung der Produktion Verspätung hat.

Spezialisierung

Ostblock
SBZ und Comecon

Bei der Tagung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW = Comecon) in Moskau stand der Fall Rumänien wohl in erster Linie zur Diskussion. Bukarest, das sich durch die vorgesehene Arbeitsteilung im osteuropäischen Wirtschaftsraum benachteiligt fühlte (es sollte seine unrentable Industrie abbauen und vornehmlich als Agrarproduzent dienen), ist anscheinend einigermaßen versöhnt worden. Die Sowjetunion will in Rumänien einige Grossbetriebe errichten.

Besonderes Interesse boten die Verhandlungen in Moskau aber noch für eine andere Volkdemokratie, die SBZ. Sie brachte Vorschläge zur möglichen Form der künftigen internationalen Spezialisierung auf dem Gebiet der photochemischen Erzeugnisse der Mitgliedstaaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe der Ostblockstaaten. Die SBZ geht dabei davon aus, dass Photo- und Kinofilme sowie Photochemikalien in den vergangenen Jahren nur in der Sowjetunion und in der Sowjetzone hergestellt worden sind und beide Länder auch bis 1965 die Hauptproduzenten bleiben werden. Nach 1965 aber werde auch in anderen Mitgliedstaaten eine grossindustrielle Produktion dieser Erzeugnisse entwickelt werden müssen, weil der steigende Bedarf es den heute produzierenden Ländern nicht mehr erlaube, ihn allein zu decken und gleichzeitig auf dem «kapitalistischen Weltmarkt» und in den «Nationalstaaten» als Exporteur aufzutreten. Nach den bisher vorliegenden Plänen sollen Polen und Ungarn schon bis 1956 erste Schritte in dieser Richtung unternehmen.

Die SBZ produziert gegenwärtig in der Filmfabrik Wolfen mit rund 120 verschiedenen Typen und Sorten alle in der Welt markt-gängigen Produkte, die zum Teil Produktionsumfang von wenigen 100 Quadratmetern im Jahr, andere dagegen bis über eine Million Quadratmeter jährlich haben. Das breite Produktionsortiment hat eine grosse Zersplitterung der begrenzten Forschungskapazitäten bedingt, was nach Ansicht von Fachleuten der Sowjetzone dazu geführt hat, dass die Filmindustrie hinsichtlich der Qualität und in bezug auf Neuentwicklungen ihre mitführende Rolle in der Welt eingebüsst hat. Der Vorschlag der SBZ im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe geht davon aus, durch eine Aufteilung der Produktion nach Erzeugnissen, Sorten und Typen zwischen den Mitgliedstaaten das Sortiment pro Erzeuger zu verringern und durch die Produktion für den Bedarf der anderen Länder grosse Produktionsmengen gleichartiger Erzeugnisse zu sichern. Der Vorschlag sieht vor, dass sich die Sowjetzone in Berlin-Köpenick auf Röntgenfilme spezialisiert, während die Filmfabrik Wolfen Colorpositivfilme, Kinofilme negativ schwarzweiss, den Photo- und technischen Film produziert sowie Magnettonfilm und Magnettonband. Kinofilm positiv schwarz/weiss soll an Polen, die CSSR und Ungarn abgegeben werden, Photoplatten an die CSSR und Photochemikalien an Ungarn; Die Sowjetunion soll

die Produktion von Colornegativfilmen für alle Mitgliedstaaten des RGW übernehmen. Im Sowjetzonenvorschlag wird darauf hingewiesen, dass eine konsequente internationale Standardisierung der zu spezialisierenden Produkte sowie einheitliche Prüf- und Gütebestimmungen Bedingung für eine solche Spezialisierung wäre.

Mit der Verwirklichung ihres Vorschlags glaubt die SBZ, eine Arbeitsteilung erreichen zu können, die die Mitgliedstaaten des RGW in die Lage versetzt, gemeinsam als Exporteur auf dem «kapitalistischen Weltmarkt» aufzutreten und, wie es wörtlich heisst, «die führenden kapitalistischen Firmen aus bestimmten Absatzmärkten auszuschalten». Es soll eine gemeinsame Verkaufsorganisation der Länder geschaffen werden, die alle spezialisierten Produkte handelt und damit auf jedem Markt des «kapitalistischen Auslandes» über das volle Sortiment verfügt und die Verkaufserlöse entsprechend der anteiligen Produktion den Mitgliedstaaten zukommen lässt.

Landwirtschaft

Ungarn

Nebenwirtschaften

Die Bedeutung der Nebenwirtschaften (siehe S. 4) wird durch eine kürzliche ungarische Meldung («Nepszabadsag», Budapest, 17. Juli) illustriert: «Am Bruttowert der Agrarproduktion lieferten 1962 die Staatsgüter 21 Prozent, die Kollektivwirtschaften 39 Prozent, die Hofstellen und Aushilfswirtschaften 40 Prozent. (Unter Aushilfswirtschaften versteht man Parzellen, die Nicht-Bauern — zum Beispiel Lehrern — zu privatem Anbau überlassen werden.) Ein Rückgang der Hofstellenproduktion würde somit nicht nur die Selbstversorgung der Landbevölkerung, sondern auch das Warenangebot am freien Markt (das heisst der Kolchosmarkt, wo die Bauern ihre privat gezogenen Erzeugnisse verkaufen) und das Anlegen zentraler Bestände äusserst nachteilig beeinflussen.»

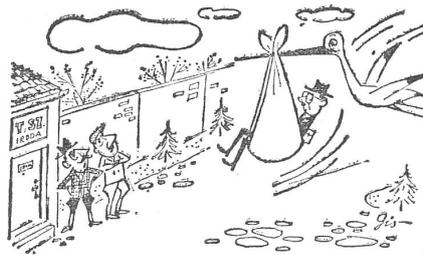
Die Hofstellen machen in Ungarn rund 10 Prozent (die «Aushilfswirtschaften» weniger als 3 Prozent) des bebaubaren Landes aus, also mehr als in der Sowjetunion. Der Anteil an der Produktion ist aber auch hier unverhältnismässig grösser, als es dem Anteil am Boden entsprechen würde.

Polen

Verkauf von staatlichem Boden geht weiter

In Polen, wo nur ein Bruchteil des bebaubaren Landes kollektiviert ist, verkauft der Staat noch immer Boden an Kleinbauern. Die Bewegung ist diesen Sommer noch verstärkt worden, obwohl Warschau erst letztes Jahr eine erhöhte Rentabilität der Staatsgüter bekanntgegeben hatte. Vermutlich waren die Investitionen von der Profitrechnung ausgeklammert worden. Jedenfalls dementiert der jeder kommunistischen Doktrin zuwiderlaufende Bodenverkauf die These vom besonders wirtschaftlichen Sowchos.

Nach amtlichen Angaben wandten sich im letzten Juni beinahe 23 000 Bauern aus dem ganzen Lande an die Agrarbank mit der Bitte, ihren Boden zu verkaufen. Wie der Direktor des Büros für Verkauf von Liegenschaften der Agrarbank mitteilt, interessieren sich die Bauern vor allem für den Boden in den nordwestlichen Wojewodschaften und in Bieszczady. Seit 1959 wurden mehr als 156 000 Hektar Boden verkauft. Die Anzahl der Er-



Die Klage der ungarischen Kolchosbauern: «Da hat uns der Storch schon wieder einen Kontrolleur statt einen Agronomen gebracht.» (Del Magyarorszag, 16. Juni.) Alle landwirtschaftlichen Kollektivbetriebe leiden unter der Belastung eines Verwaltungsapparates, in dem Leute sitzen, die in erster Linie als Parteifunktionäre und nicht als Agrarfachleute ausgewiesen sind. In dieser Beziehung wird allerdings seit einem Jahr ziemlich kräftig umgeschaukelt.

werber beläuft sich auf mehr als 59 000. Eigentlich wollte der Staat schon seit 1958 rund 500 000 Hektar Boden und 90 000 Einfamilienhäuser an private Bauern verkaufen. Dieser Verkauf von landwirtschaftlichem Boden an private Bauern steht in Widerspruch zum polnischen Zivilrecht, wo die Einheit und Unveräusserlichkeit des staatlichen Eigentums klar ausgesprochen ist. Auch ideologisch ist dieses Vorgehen unzulässig, denn jede privatbäuerliche Wirtschaft wird in der einschlägigen Fachliteratur als ein Kapital bildendes Unternehmen bezeichnet, weshalb sie in der kommunistischen Wirtschaftsordnung zu eliminieren sei. Ferner wird der verstaatlichte Grundbesitz als die höchste Form der Agrarwirtschaft bezeichnet, weshalb der Verkauf von staatlichem Boden einen «Rückschritt» bedeutet.

Presse

Ohne Schreibmaschine

müssen 60 Prozent aller polnischen Journalisten arbeiten. Das gehört zu den Ergebnissen einer Umfrage vom Presseinstitut der Warschauer Universität. Weitere Feststellungen: Die polnischen Journalisten wohnen schlecht bis sehr schlecht.

Aus dem Bericht von S. Olszewski, der in der «Prasa Polska» (Warschau) veröffentlicht wurde:

33 Prozent der Befragten bezeichneten ihre Wohnverhältnisse als «ausgesprochen schlecht». Mehr als 41 Prozent erklärten, dass sie «zu Hause absolut keine Arbeitsmöglichkeit» haben. Das ist um so verständlicher, als abgesehen davon, dass die Unterkünfte so klein sind, dass man darin keine Bibliothek einrichten kann, 60 Prozent aller Journalisten keine eigene Schreibmaschine, 10 Prozent keinen eigenen Radioapparat besitzen. Was die Wohnverhältnisse betrifft, so wohnen fast 14 Prozent der Journalisten in Untermiete, 2 Prozent in sogenannten «Werkstättenhotels» (bei denen es sich in der Praxis um «primitive Baracken» handelt) und fast 5 Prozent bei ihren Eltern. In der letzten Gruppe gibt es zahlreiche Ehepaare mit Kindern, die seit Jahren getrennt leben müssen.

Soviel über die Journalisten in Polen. In Warschau, wo rund 2500 Journalisten, also die Hälfte aller Journalisten Polens, wohnen, ist die Lage noch schlechter. Rund 500 Warschauer Journalisten leben entweder in überbelegten Unterkünften, wo weniger als 7

Quadratmeter Wohnfläche pro Person entfallen, oder haben überhaupt keine Wohnung (wohnen also in Untermiete oder hausen in Baracken und praktisch unbewohnbaren Räumen usw.). Bei den meisten von ihnen handelt es sich um junge Journalisten, die vor einigen Jahren ihr journalistisches Studium abgeschlossen haben. Manche von ihnen wohnen in Untermiete und zahlen monatlich für ein Zimmer 600 bis 1000 Zloty, was oft die Hälfte ihrer Einkünfte ausmacht.

«Arrestations, perquisitions, expulsions», das sind die Schlagzeilen, mit denen die «Voix Ouvrière» das

Unser Memo

Communiqué des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements zur Untersuchung über die kommunistischen Umtriebe unter den italienischen Gastarbeitern in der Schweiz versieht. Die Erklärung Berns wird als «idiotische und skandalöse „Rechtfertigung“» (une «justification» imbécile et scandaleuse) gebrandmarkt und soll «ihr Gewicht an Hand- und Fusschellen» bedeuten. Ohne sich dann weiter um die Begründung zu kümmern, geht dann das PdA-Organ zur Schilderung des angeblichen Polizeiterrors über, als dessen Ausfluss die drei oder vier bis dahin erfolgten Ausweisungen geschildert werden.

Zum sachlichen Gehalt der Beschimpfungen sei hier nicht viel gesagt. Die PdA an der Macht würde viel schwächere Tätigkeit gegen ihr System mit hohen Zuchthausstrafen und Todesurteilen ahnden. Die Belege dazu liefern die kommunistischen Staaten.

Auffälligerweise war es aber gerade die «Voix Ouvrière», welche zuvor mit der gleichen Vehemenz gegen den weiteren Zustrom von italienischen Arbeitern protestiert hatte, der nur den kapitalistischen Unternehmern, nicht aber der Volkswirtschaft Nutzen bringe. Restriktionen wurden mit allem Nachdruck eines kämpferischen Tonfalls gefordert. In der Nummer vom 25. Februar wurde auf der Titelseite sogar in Halbfett die Drohung herausgehoben, die schweizerischen Lohnbezüger und ihre Organisationen müssten anscheinend ziemlich rasch «zur Aktion übergehen», um ihre Interessen zu verteidigen. Durch diese doppelzüngige Darstellung gibt die PdA zu, dass sie keinerlei Interesse am italienischen Arbeiter hat, ausser er betreibe Subversion.

Der Schnappschuss

Das Dresdener Standesamt beklagt sich über unsinnige Namenswünsche der Eltern für ihre Kinder. Abwegige Vorbilder werden anscheinend sowohl im Westen als auch im Osten gefunden, wie sich den zwei besonders aufgeführten Beispielen entnehmen lässt: «Elvis» («nach der amerikanischen Heulboje und dem Teenagerabgott») und «Sputnik!» Der Westen kann sich übrigens mit der Kritik an Schlagersängernamen einverstanden erklären. Er hätte bessere Ideale zu propagieren.

* Eine ungarische Scherzfrage: «Was sind die vier kritischen Perioden eines Volkswirtschaftsplanes?» Antwort: «Frühling, Sommer, Herbst und Winter.»

* Das Gerücht, schlesische Kohle werde nach der Sowjetunion transportiert, hat in Polen zu folgendem Rätsel Anlass gegeben: «Sowohl die Sonne als auch die Kohlen geben Wärme. Was ist der Unterschied?» Die Antwort: «Die Sonne bewegt sich von Osten nach Westen, die Kohlen von Westen nach Osten.»

Die Parzelle, die zählt

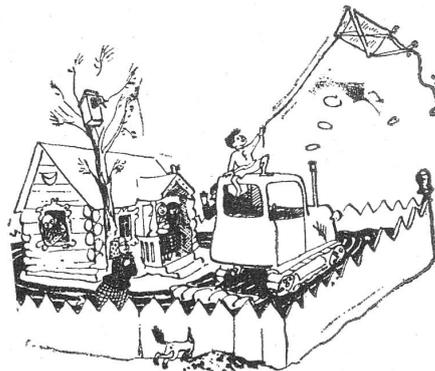
Die kommunistische Landwirtschaft wird durch kollektiven Besitz von Boden, Vieh und Geräten gekennzeichnet. Aber funktionieren tut sie, weil etwa ein Zwanzigstel des bebaubaren Landes privat bebaut wird. Dieser privatwirtschaftliche Restbestand im Kollektivsystem heisst Nebenwirtschaft oder Hofstelle. Es ist jene kleine Parzelle, die der Kolchosbauer, das Mitglied der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft, zu eigenem Nutzen bepflanzen darf. Alle Hofstellen zusammen dürfen in der Regel nicht mehr als 4 bis 5 Prozent des Kolchos ausmachen, und in den Staatsgütern (Sowchos) beschränkt sich die Nebenwirtschaft der «Bauern» (die richtiger als landwirtschaftliche Arbeiter oder Angestellte des Staates zu bezeichnen wären) meist auf einen Gemüsegarten. Dazu hat jeder Kolchos- und Sowchosangehörige ein beschränktes Recht auf private Viehhabe: nebst Geflügel meist ein bis zwei Stück Grossvieh oder eine entsprechend höhere Zahl von Kleintieren.

Aber so klein die Nebenwirtschaft ist, so gross ist ihre Bedeutung. In der Sowjetunion etwa nährt sich nahezu die gesamte Landbevölkerung, und die Hälfte aller Einwohner, weitgehend aus dem Ertrag dieser kleinen Parzellen. In den Volksdemokratien basiert die Fleischversorgung beinahe zur Hälfte auf diesem Privatsektor. Noch auffälliger ist die Rolle der Hofstelle bezüglich Frischgemüse. Der Kolchosmarkt, wo die privaten Ueberschuss-

erzeugnisse der Bauern der Bevölkerung direkt verkauft werden, ist meist der einzige Ort, wo frische Ware überhaupt in einigermaßen ausreichender Menge erhältlich ist.

Der Unterschied zwischen Grösse und Wichtigkeit der Nebenwirtschaft erklärt sich. Eigentlich sollte sie dem Bauern lediglich zur Befriedigung eigener Bedürfnisse nach Frischwaren dienen, während der kollektive Anbau sich auf Getreide, Futterpflanzen usw. konzentriert. Ueberdies könnte sich der Kollektivbauer durch den Verkauf privatgezogener Ueberschussprodukte ein gewisses Sackgeld beschaffen, bis ihm vom Gewinn der gemeinsamen Produktion sein kleiner Anteil ausbezahlt wird. Weil der Profit des Kollektivbetriebes durch den niedrigen staatlichen Einkaufspreis und der umfangreichen Verwaltungsbürokratie wegen ohnehin eine sehr zweifelhafte Angelegenheit ist, muss der Kolchos sogar froh sein, seinen Angehörigen wenigstens eine private Gewinnmöglichkeit offenzulassen.

Nur bleibt es in der Praxis nicht bei dieser ausgleichenden Funktion der Nebenwirtschaft. Der Bauer hat nämlich erkannt, dass sie für ihn persönlich die Hauptwirtschaft darstellt, da er von ihrem Ertrag direkt und in vollem Umfang profitiert, während die gemeinsam bebauten Felder in erster Linie zum Profit des Staates und des Verwaltungsapparates beitragen. Resultat: der Bauer konzentriert sich auf die Nebenwirtschaft und kümmert sich um den Gemeinschaftsertrag nur soweit, als er muss.

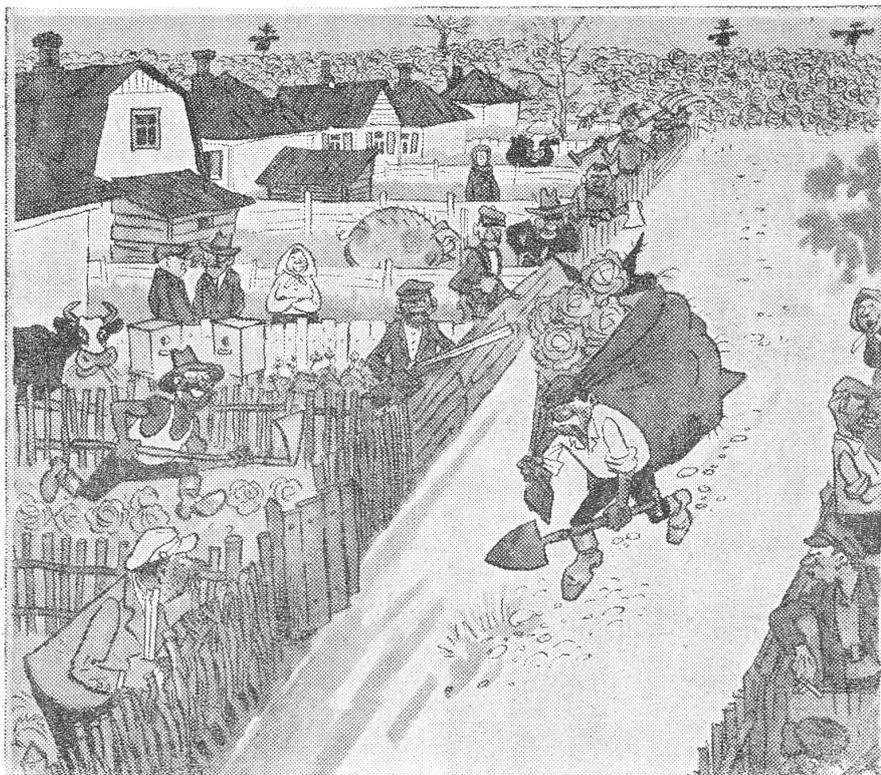


Gut hast du gepflügt, Söhnchen. Jetzt kannst du den Traktor auf die Kolchosfelder zurückbringen. («*Ekonomitscheskaja Gasjeta*», Moskau.)

Selbstverständlich widerspricht diese Mentalität der Parteauffassung von kollektiver Landwirtschaft. Auch toleriert die KP die Nebenwirtschaft nur als Uebergangslösung, bis sich das «sozialistische Bewusstsein» der Landbevölkerung soweit gefestigt habe, dass sie von selbst ihr Hauptaugenmerk auf die Kollektivproduktion richte. An Versuchen, den Zeitpunkt mit Massnahmen gegen die Hofstellen vorzuverschieben, hat es nie gefehlt. Sie gehören in verschiedenen Variationen zu den periodischen Erscheinungen der kommunistischen Landwirtschaftspolitik. Stalin hatte die Landwirtschaft «vollkollektiviert» (mit Einführung landwirtschaftlicher Volkskommunen) und musste darnach einer Hungersnot begegnen. Chruschtschew versuchte vor zwei Jahren die Nebenwirtschaften indirekt durch praktische Abschaffung der Kolchosmärkte zu treffen. Im Herbst des gleichen Jahres 1961 musste er jedoch den «vorläufigen» Wert dieser Institution wieder anerkennen. Eine ganz parallele Erfahrung machte dieses Jahr die Tschechoslowakei, wo ebenfalls dem Kolchosmarkt grössere Freiheit eingeräumt wurde, um die drohende Versorgungskrise abzuwenden. Neuestens ist jetzt auch Bulgarien mit der ganz unkommunistisch wirkenden Aufforderung an die Kolchosen herantreten, das Interesse der Bauern an privater Produktion doch nicht allzu sehr zu beschneiden. (In Polen, wo die Landwirtschaft nur zum kleinen Teil kollektiviert ist, verkauft der Staat den Einzelbauern gar noch Boden.)

So musste das System im gewaltsamen Kampf gegen die Hofstellen bisher noch immer klein begeben. Daneben werden freilich noch andere Methoden ausprobiert. So wird in Rumänien die sogenannte «Eigenparzelle» des Bauern periodisch gegen ein gleich grosses Stück des Kollektivgutes umgetauscht. Der Sinn der Aktion wird sofort klar, wenn man die knappe Aussage des Kollektivbauern Thal («Neuer Weg», Bukarest, 28. Juli) liest: «Die Leitung wechselt die Parzellen immer dann, wenn wir sie gut gedüngt haben.»

Diese Feststellung zeigt, dass das Interesse der Bauern gleichgeblieben ist. Und das gleiche zeigen auch unsere sowjetischen Karikaturen.



Du hast Glück, dass du nur vom Staat gestohlen hast. Dir hätten wir es ja sonst gegeben, du Dieb. («*Krokodil*», Moskau.)

Herausgeber: Schweiz. Ost-Institut AG • Sitz: Jubiläumsstrasse 41, Bern • Briefadresse: Postfach 1178, Bern-Transit • Telefon: (031) 2 77 69 • Telegramm: Schweizost Bern • Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger • Verwaltung: Oswald Schürch • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 20.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 11.— (Ausland Fr. 13.50; DM 12.—), Einzelnummer Fr./DM —.50 • Postcheck III 24616 • Bank: Spar- und Leihkasse, Bern; Deutsche Bank, Frankfurt M.

Das Schweizerische Ost-Institut erforscht die politische und wirtschaftliche Entwicklung im kommunistischen Herrschaftsbereich • Es will durch sachliche Information zur Stärkung der Freiheit beitragen • Weitere Veröffentlichungen: Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst, für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse - Informations - Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Weltpolitische Notizen für den Unternehmer • Mitteilungsblatt (Orientierung für die Freunde des SOI) • Schriftenreihe.